Deutscher Bundestag **Drucksache 21/9195**

21. Wahlperiode 12.11.2026

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Kathrin Gebel, Maik Brückner, Doris Achelwilm, Desiree Becker, Clara Bünger, Dr. Michael Arndt, Jorrit Bosch, Anne-Mieke Bremer, Mandy Eißing, Katrin Fey, Christian Görke, Nicole Gohlke, Ates Gürpinar, Dr. Gregor Gysi, Mareike Hermeier, Luke Hoß, Maren Kaminski, Ferat Koçak, Cansin Köktürk, Jan Krampe, Ina Latendorf, Sonja Lemke, Stella Merendino, Sarah Mirow, Charlotte Neuhäuser, Cansu Özdemir, Sören Pellmann, Bodo Ramelow, Heidi Reichinnek, Zada Salihović, David, Schliesing, Evelyn Schötz, Julia-Christina Stange, Aaron Valent, Donata Vogtschmidt, Sarah Vollath, Christin Willnat und der Fraktion Die Linke

Bundesweiter Aktionsplan gegen Antifeminismus – Rechte von Frauen und queeren Menschen stärken – Demokratie schützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Antifeminismus hat unterschiedliche Erscheinungsformen: Angriffe auf das Selbstbestimmungsgesetz und auf das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, die konzertierte Kampagne gegen die als Verfassungsrichterin nominierte Frauke Brosius-Gersdorf, Hass im Netz gegen Frauen und queere Personen, körperliche Angriffe gegen trans* Personen sowie Gewalt gegen Frauen bis hin zu Femiziden: All das steht in ideologischem und strukturellen Zusammenhang mit Antifeminismus – oder ist eine konkrete Ausprägung davon.

Antifeminismus richtet sich gegen Fortschritte bei der Gleichstellung und gegen die Rechte von Frauen, queeren Menschen und anderen benachteiligten Gruppen. Geschlechtliche Hierarchie wird als natürlich dargestellt, während emanzipatorischer Feminismus, Menschenrechtspolitik, Antidiskriminierung und geschlechtliche Selbstbestimmung als schädlich oder übertrieben verunglimpft werden. Begriffe wie „Genderideologie“ und „Frühsexualisierung“ dienen dazu, Gleichstellung, Antidiskriminierung, Sexualaufklärung und geschlechtliche Selbstbestimmung zu diskreditieren (Antifeminismus_Langfassung_13012025.pdf).

Antifeminismus ist eine eigene politische Ideologie, die auf der Abwertung von Menschen beruht und eng mit anderen menschenfeindlichen Haltungen wie Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit sowie rechtsextremen und autoritären Einstellungen zusammenhängt (IDZ Jena: Antifeminismus als autoritäre Krisenreaktion? Sozialpsychologische Perspektiven auf die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie 2022; Leipziger Autoritarismus Studie 2024.pdf). Antifeminismus fungiert zugleich als Brückenideologie: Das gemeinsame Feindbild „Feminismus“ beziehungsweise „Gender“ schafft Anschlussmöglichkeiten zwischen

konservativen, populistischen und extrem rechten Milieus. Innerhalb der extremen Rechten wirkt Antifeminismus als bindendes Element (Methode & Ergebnisse der Autoritarismus-Studie 2022 | Heinrich-Böll-Stiftung; Antifeminismus_Langfassung_13012025.pdf).

Antifeministische Einstellungen sind in Deutschland weit verbreitet. 2024 hatten 23 Prozent der Bevölkerung ein geschlossen antifeministisches Weltbild, 2022 waren es 25 Prozent, 2020 19 Prozent (Leipziger Autoritarismus Studie 2024.pdf). In Ostdeutschland ist Antifeminismus deutlich stärker verbreitet als in Westdeutschland: 35 Prozent gegenüber 20 Prozent (Leipziger Autoritarismus Studie 2024.pdf). Auch Transfeindlichkeit ist weit verbreitet: 37 Prozent der Befragten lehnen Transgeschlechtlichkeit grundsätzlich ab. In Ostdeutschland sind es 50 Prozent, in Westdeutschland 33 Prozent (Leipziger Autoritarismus Studie 2024.pdf). Dabei ist nicht jede Form geschlechtsspezifischer Gewalt antifeministisch motiviert – häufig jedoch spiegelt sich antifeministische Ideologie in ihr wider. Eine Analyse antifeministischer Vorfälle der Meldestelle Antifeminismus 2025 zeigt eine deutliche Zunahme antifeministisch motivierter, geschlechtsspezifischer Gewalt (Lagebild-Antifeminismus-2025_WEB.pdf, https://smf-ver-band.de/meldestelle-antifeminismus-dokumentiert-640-antifeministische-vorfa-elle-in-2025/).

Antifeministische Kampagnen richten sich gegen sexuelle und reproduktive Rechte: gegen Sexualaufklärung, kostenlose und sichere Verhütung, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und die Rechte von LSBTI. Dazu gehören Angriffe auf die rechtliche Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt, auf medizinische Behandlungen zur Geschlechtsangleichung, auf die Adoption durch queere Menschen und auf die gleichgeschlechtliche Ehe. Dahinter steht das falsche Versprechen einer vermeintlich eindeutigeren Welt, der Wunsch, „traditionelle" Geschlechterrollen und patriarchale Machtstrukturen zu erhalten. Doch die Kontrolle über den eigenen Körper ist eine Grundvoraussetzung für Gleichberechtigung. Antifeministische Politik greift queere Personen in Wort und Tat an und reduziert Frauen auf ihre biologische Rolle als Gebärende im Dienst einer angeblich bedrohten Nation (Antifeminismus | Der Wahn vom Volkskörper | 10.07.2024).

Antifeminismus kann zu einem Problem der öffentlichen Sicherheit und der organisierten politischen Gewalt werden. Die Journalistin Susanne Kaiser zeigt anhand mehrerer Beispiele, dass antifeministisch und misogyn motivierte Gewalttaten in den USA aus dem Umfeld der sogenannten Incel-Szene (kurz für „involuntary celibate"; auf Deutsch „unfreiwillig enthaltsam") bewusst darauf abzielen, die Bevölkerung schwer einzuschüchtern, die bestehende Geschlechterordnung anzugreifen und zu verschärfen (Politische Männlichkeit. Buch von Susanne Kaiser (Suhrkamp Verlag). In einschlägigen Onlineforen wird dazu Gewalt inzwischen offen als legitimes politisches Mittel diskutiert.

Auch und insbesondere digitale Plattformen sind heute untrennbar mit dem Erstarken von Antifeminismus verwoben. Plattformen dienen als kostengünstige Katalysatoren für organisierten misogynen Hass, gezielte antifeministische Kampagnen und menschenfeindliche Ideologie. Trolle – Personen, die bewusst hetzen – sowie Troll-Armeen – professionelle Organisationen, die in staatlichem Auftrag handeln, deren Mittel Desinformation und deren Ziel Wahlmanipulation sowie die Schwächung von Demokratie ist – nutzen digitale Anonymität und leichte Zugangswege, um Betroffene systematisch und potenziert aus dem digitalen Raum zu verdrängen und die öffentliche Meinung zu manipulieren. So entsteht ein gegenseitiger Nutzen antifeministischer Akteur*innen und Plattformen, der immense strukturelle Auswirkungen hat, an denen die Plattformen verdienen (https://www.isdglobal.org/publication/crushing-comments-gendered-harassment-during-the-2024-eu-parliament-elections-on-tiktok/).

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antifeminismus ist heute ein gut organisiertes, international vernetztes Phänomen. Akteur*innen mit erheblichen finanziellen und organisatorischen Mitteln – darunter christliche Fundamentalist*innen, sogenannte Männerrechtler sowie (rechts-)konservative, autoritäre und extrem rechte Organisationen – versuchen gezielt, Politik und öffentliche Debatten zu beeinflussen. Auch die Finanzierung antifeministischer und Anti-Gender-Bewegungen hat sich professionalisiert.

Der Bericht „The Next Wave" des European Parliamentary Forum for Sexual and Reproductive Rights (EPF) beschreibt ein transnationales Netzwerk aus religiös-extremistischen, konservativen und rechtsgerichteten AkteurInnen, das zunehmend strategisch zusammenarbeitet, um Politik und öffentliche Debatten zu beeinflussen (The Next Wave: How Religious Extremism Is Regaining Power | EPF). Dem Bericht zufolge fließt vermehrt Geld aus religiös-konservativen und rechtslibertären Kreisen in den USA und Europa nach Deutschland, um antifeministische Narrative zu verbreiten – etwa vom religiös-extremistischen Opus Dei und von der Heritage Foundation. Letztere steht hinter „Project 2025", dem Fahrplan der aktuellen Trump-Regierung für den Umbau der US-Bundesverwaltung und die Bündelung der Macht beim Präsidenten im Sinne einer extrem rechten Politik.

Laut dem Bericht wurden zwischen 2019 und 2023 europaweit fast 1,2 Milliarden US-Dollar von 275 Akteur*innen für Anti-Gender-Initiativen aufgebracht. Auf Deutschland entfiel davon ein Anteil von umgerechnet drei Millionen US-Dollar. Diese Zahlen erfassen dabei nur einen Teil der tatsächlichen Finanzierungsströme und sind keine vollständige Übersicht.

Antifeminismus greift damit die Demokratie selbst an. Er richtet sich gegen die Gleichheit aller Menschen, mobilisiert gegen die Rechte von Frauen und LSBTI und verhindert gesellschaftliche Teilhabe. Aktivist*innen, Politiker*innen, Gleichstellungsbeauftragte und queere Menschen werden eingeschüchtert, mundtot gemacht oder körperlich angegriffen (Antifeminismus_Langfassung_13012025.pdf).

Antifeminismus ist deshalb weit mehr als eine gesellschaftliche Debatte über Geschlechterrollen. Er ist eine politische Ideologie, die bestehende Hierarchien verteidigt, bisherige Errungenschaften von Gleichstellung und Selbstbestimmung zerstören will und so als Brücke zu autoritären und extrem rechten Bestrebungen wirkt. Wo Frauenrechte, sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung und Gleichstellung angegriffen werden, geht es deshalb immer auch um unsere Demokratie.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. umgehend einen bundesweiten Aktionsplan gegen Antifeminismus zu erarbeiten, der auf fünf Jahre angelegt ist und mindestens folgende Handlungsfelder beinhaltet:

   a) Prävention und politische Bildung. Gemeinsam mit den Ländern müssen u.a. kostenfrei nutzbare, wissenschaftlich geprüfte Materialien und Fortbildungen zu antifeministischen Erzählungen, Geschlechterrollen, Plattformmechanismen und demokratischer Streitkultur entwickelt werden. Maßnahmen der geschlechtersensiblen Pädagogik in Kita und Schule müssen frühzeitig gestärkt werden.

   b) Schutz und Beratung Betroffener. Betroffene von antifeministischer Bedrohung, digitaler Hetze und koordinierten Angriffen müssen besser unterstützt werden. Hierzu müssen verlässliche Beratungs- und Verweisstrukturen, Hilfe bei Beweissicherung und Strafanzeigen sowie Schutzkonzepte für

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

gefährdete Einrichtungen und Veranstaltungen geprüft und gefördert werden. Außerdem müssen Betreiber großer Onlineplattformen, die unter den Digital Services Act fallen, verstärkt antifeministischen Äußerungen und Netzwerken durch geeignete und angemessene Maßnahmen entgegenwirken. Ferner müssen Maßnahmen zur Demonetarisierung und zum Deplattforming solcher Inhalte umgesetzt werden.

c) Gleichstellungsarbeit und demokratische Zivilgesellschaft (darunter Frauenrechtsorganisationen, queere Organisationen, Gleichstellungsbeauftragte, Beratungsstellen, Wissenschaftler*innen und politisch Engagierte) müssen gestärkt und geschützt werden. Der bundesweite Aktionsplan zur Bekämpfung von Antifeminismus soll ausweisen, wie Beratungs-, Bildungs- und Vernetzungsangebote im Rahmen der Zuständigkeiten des Bundes verlässlich arbeiten können und wie kleinere sowie regionale Träger erreicht werden.

d) Antifeminismus mit sozialen Fragen verbinden. Der Plan soll darlegen, wie Maßnahmen für Gleichberechtigung, Schutz vor Gewalt, faire Verteilung von Sorgearbeit und wirtschaftliche Eigenständigkeit ineinandergreifen, statt diese Politikfelder isoliert zu behandeln.

e) Monitoring und Forschung. Antifeministische Vorfälle und ihre Folgen müssen besser sichtbar gemacht werden. Hierzu müssen vorhandene zivilgesellschaftliche Meldedaten, Forschung sowie amtliche Daten zu Bedrohungen und Straftaten ausgewertet werden, Erfassungslücken benannt und Vorschläge für eine datenschutzgerechte Verbesserung vorgelegt werden. Zivilgesellschaftliche Meldungen und polizeiliche Kriminalstatistik sind dabei getrennt auszuweisen;

2. für jede Maßnahme unter Forderung 1 das federführende Ressort, beteiligte Stellen, Zeitplan, Finanzbedarf und überprüfbare Ziele zu nennen, die unter einer ressortübergreifenden Steuerung gebündelt werden. Länder, Kommunen, Wissenschaft, Gleichstellungsstellen, Gewerkschaften und betroffene zivilgesellschaftliche Stellen sollen an Erarbeitung und Umsetzung beteiligt werden. Die Beteiligung soll unterschiedliche Lebenslagen und Diskriminierungserfahrungen berücksichtigen;
3. ausreichend finanzielle Mittel für die Umsetzung des bundesweiten Aktionsplans zur Bekämpfung von Antifeminismus bereitzustellen.
4. dem Bundestag jährlich über die Umsetzung zu berichten. Der Bericht soll den Stand jeder Maßnahme, eingesetzte Mittel, erreichte Zielgruppen, erkennbare Wirkungen und Schwierigkeiten offenlegen;
5. einen Gesetzesentwurf vorzulegen, um die unabhängige Meldestelle „Antifeminismus“ dauerhaft zu finanzieren, strukturell abzusichern und zu einem unabhängigen zivilgesellschaftlichen Monitoring weiterzuentwickeln. Dazu gehören verbesserte staatliche Datenerhebung, Forschung und ein systematischer Austausch mit den Sicherheitsbehörden;
6. das Programm „Demokratie leben“ entgegen der Kürzungen umfänglich zu stärken und Projekte, die die Rechte von Frauen und queeren Menschen betreffen, gerade im ländlichen Raum auszufinanzieren. Langfristig müssen diese Projekte über ein Demokratiefördergesetz abgesichert werden;
7. Antifeminismus als Problem der öffentlichen Sicherheit (die vielfach auch als „innere“ Sicherheit bezeichnet wird) anzuerkennen und verpflichtend in die Aus- und Fortbildung von Justiz, Polizei und Verwaltung zu implementieren. Antifeminismus muss bei Lagebildern, Gefährdungsbewertungen und der PMK-Erfassung verbessert berücksichtigt werden, gerade auch im Bereich Informationssicherheit und hybride Bedrohungen. Insbesondere die

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Verbindung von Antifeminismus, Misogynie, autoritärer Radikalisierung und extrem rechter Milieus muss stärker in den Blick genommen werden. Antifeministische Desinformationskampagnen müssen systematisch von den Behörden erfasst und analysiert werden, Strategien zur Bekämpfung müssen auf antifeministische Inhalte ausgerichtet sein;

8. einen Gesetzentwurf vorzulegen, um das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) deutlich über die derzeitige Reform hinaus zu stärken, indem beispielsweise die Antidiskriminierungsstelle des Bundes künftig als oberste Bundesbehörde errichtet wird.

Berlin, den 10. November 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.